

## Der Turiner Gipfel und die GASP-'Säule'

# 'Eine Art europäischer Außenminister kommt nicht in Frage'

Der Berg wird kreissen und kreissen und bei der 'Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik' doch nur ein Mäuslein gebären

Wie wackelig die GASP ist, eine der drei 'Säulen' von Turin, läßt sich am besten an den Auslassungen eines ihrer großen Verfechter ablesen. GASP, das ist die 'Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik'. Wie will Außenminister Klaus Kinkel diese Säule hochziehen?

'Wir wollen Mehrheitsentscheidungen', verriet er unserer Zeitung (SZ, 7. März), 'vor allem in auch in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik'. Das wäre das Prinzip - der Bruch mit mehreren hundert Jahren klassischer Staatenpolitik von Richelieu über Bismarck zu Kissinger, wo die Staatsräson, der kalte Egoismus der Nationen, den Ton angab, wo nationale Souveränität und nationales Interesse als erster und letzter Maßstab galten.

Das Mehrheitsprinzip, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wäre das Contra-Prinzip. Da müßte der Staat A bereit sein, sich dem Willen der Staaten B, C, D etc. zu unterwerfen, und zwar auf just jenem Gebiet, das die klassische Domäne der Souveränität ist. Und dies im Namen Europas, über das sich Bismarck, mit einer berühmten Rand-Kritzelei an einem Brief des russischen Kanzlers Gortschakow wie folgt mokiert hat: 'Qui parle d'Europe a tort; notion géographique.' Auf deutsch: 'Wer von Europa spricht, liegt falsch; ein rein geographischer Begriff.'

Nichts läge einem Klaus Kinkel, einem Helmut Kohl ferner als der Zynismus eines Bismarcks. Das war 1868, mitten im Zeitalter der Real- und Kabinettspolitik. Seitdem ist Europa viel, viel mehr als ein 'geographi-

scher Begriff'. Es ist viel mehr als die Summe der 15 EU-Staaten; auf mannigfachen Gebieten haben die Staaten Stücke ihrer Souveränität abgegeben. Sie unterwerfen sich den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes, auch zähneknirschend wie es die Deutschen bei der berühmtesten 'Bananen-Ordnung' getan haben. Sie lassen sich von Brüssel die Agrarpreise diktieren; sie öffnen ihre Grenzen der EU-weiten Konkurrenz, auch wenn die heimischen Fabrikanten stöhnen und meutern.

Warum dann nicht auch in der Außen- und Sicherheitspolitik? Die Antwort liefert, ein wenig ungewollt, ebenfalls AA-Chef Kinkel: 'Es wird keine Mehrheitsentscheidungen geben bei der Verteidigungspolitik.' Ob das nicht ein Widerspruch zum Prinzip der GASP sei? Antwort: 'In der Außenpolitik Mehrheitsentscheidung ja, aber nicht in der Verteidigungspolitik.' Ob das nicht eine allzu subtile Unterscheidung sei? Antwort Kinkel: 'Wenn es um zentrale Fragen der Verteidigungspolitik geht, kann es keine Mehrheitsentscheidungen geben.' Was ist 'zentral'? 'Zum Beispiel der Einsatz von Streitkräften.' In 'normalen Fragen' aber müsse es 'selbstverständlich' Mehrheitsentscheidungen geben. Eine solche, so der deutsche Außenminister, wäre etwa 'die Anerkennung eines dritten Staates'.

Bismarck ist tot; er kann sich nicht mehr wehren. Trotzdem darf man ihm unterstellen, daß er nicht anders geredet hätte. Schon immer haben Staaten ein Stückchen Autonomie abgegeben - in Hunderten von Verträgen, wo

der eine dies, der andere das gelobte - freilich immer mit der Maßgabe rebus sic stantibus, daß die Dinge so bleiben, wie sie sind. Ob sie ihre Versprechen dann wirklich einhielten, blieb der souveränen Entscheidung in der Stunde der Wahrheit vorbehalten, zumal in der Zentralisten von allen: dem Bündnisfall.

Auch heute würde kein Staat, auch nicht Deutschland oder Frankreich, die Entscheidung über Krieg und Frieden aus der Hand geben - weshalb Kinkel auch folgerichtig sagt: 'keine Mehrheitsentscheidung beim Truppeneinsatz'. Mit diesem - übrigens richtigen - Vorbehalt, den jeder europäische Staat für sich reklamieren würde, läßt sich aber keine echte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik machen.

Die Deutschen würden sich nicht einmal bei eher peripheren Fragen wie einem Handelsboykott des Irans reinreden lassen; keiner, es sei denn das deutsche Wahlvolk selbst, könnte Bonn zwingen, den 'kritischen Dialog' mit Teheran aufzugeben. Mithin: Der Souveränitätsvorbehalt - der Ruf der eigenen Interessen - greife schon dort, wo es nicht um Fragen von Krieg und Frieden geht. Was bleibt - jenseits der Anerkennung eines Drittstaates? Vorweg eine schöne Theorie, die an Plausibilität kaum zu überbieten ist. Endlos variiert, lautet die Theorie im Kern so: Europa muß ein Ganzes werden, das mehr ist als die Summe seiner Teile. Nur so könne der Alte Kontinent eine Rolle in der Weltpolitik spielen, die seiner Masse, Potenz und Bevölkerungszahl entspricht.

Blöb: Gegen die schöne Plausibilität

spricht die bittere Erfahrung, zumal das jüngste Beispiel 'Europa im Bosnienkrieg'. Ganz zu Anfang erklärte die EU in Gestalt des luxemburgischen Außenministers den Amerikanern (in etwa): 'Hands off, das ist unser Krieg.' Die Amerikaner waren's zufrieden. Dann begann eine 'Friedenspolitik auf europäisch'.

Die Deutschen hielten sich mit züchtigem Verweis auf ihre Vergangenheit militärisch raus. Briten und Franzosen marschierten rein, aber nicht im Namen Europas, sondern unter der blauen Flagge der Vereinten Nationen. Das hieß: Der Krieg wurde in New York geführt, vom Sicherheitsrat, in dem China und Rußland ein Veto haben. Militärisch gelähmt, konnte die EU auch in der Gestalt ihrer Vermittler (wie Lord Owen) nichts bewerkstelligen. Denn: Ohne Macht in der Hinterhand, ist die Diplomatie selten mehr als eine Gleit-Übung auf dem Parkett.

Den Krieg (vorläufig) beendet haben die USA: eine Supermacht mit einem einzigen Willen und der passenden militärischen Hardware dazu. Europa hat die ganze Nacht durchgeschlafen, höhnte Richard Holbrooke, der US-Unterhändler, während Amerika die Dauerkrise an sich riß. Holbrooke hatte gut höhnen. Er hatte, was die Carringtons und Owens nicht aufbringen konnten: ein zentrales staatliches Entscheidungsorgan, das die notwendigen Mittel mobilisieren kann. Warum können das nicht auch die Europäer tun, die zusammen einmal eine Potenz aufbringen könnten wie die der Vereinigten Staaten von Amerika?

Weil sie nicht die Vereinigten Staaten von Europa sind. Weil jeder seine eigenen Interessen, Nöte und Ängste hat, und keiner da ist, der die Vielen zu dem Einen zusammenstauen kann. Die Franzosen werden sich nicht deutscher Führung unterwerfen, und keiner von beiden wird die englische akzeptieren. Dazu sind sie zu 'gleich'. Für jeden von ihnen ist es viel einfacher, sich um die Flagge einer echten Supermacht wie den USA zu scharen (da stimmt die 'Kleiderordnung'), als sich der Führung eines der Ihren zu beugen. Also bleibt's bei 'Führung per Ausschluß', und der landet immer beim

kleinsten gemeinsamen Nenner, der weder Entschlossenheit noch Schlagkraft gebiert. Frankreich schafft die Wehrpflicht ab, Deutschland hält sich an ihr fest. Frankreich will eine rein europäische 'Verteidigungsidentität'; die Bundesrepublik und England möchten, in weiser Voraussicht, die europäische Sicherheit mit der atlantischen verklammern. Was wollen die Italiener, die Spanier? Die haben ganz andere Sorgen als die GASP.

Und deshalb wird der Turiner GASP- Berg kreißeln und kreißeln und doch nur ein GASPlain gebären. Man wird sich wohl auf

eine Art Planungs- und Analysestab einigen, welcher der Kommission oder dem Minister- rat oder beiden zuarbeitet. Dieses Planungs- zentrum wird sicherlich nützlich sein. Er wird die Welt beäugen und Entwürfe zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verabschieden, welche vor bestechenden Ideen überborden, aber trotzdem unter dem massiven Vorbehalt stehen werden, der in etwa lautet: 'wenn es die Regierungen so wünschen.'

Henry Kissinger hat einmal gefragt, wen er in Europa anrufen müsse, wenn Europa in einer Krise gebraucht werde. Hübsch wäre

sicherlich ein europäischer Außenminister, mit einer festen Fax- und Telephonnummer. Doch so weit wollen auch die wärmsten Verfechter des Mehrheitsprinzips nicht gehen. Fragen wir den deutschen Außenminister. 'Für mich kommt eine Art europäischer Außenminister nicht in Frage.' Und warum nicht? 'Weil der (Minister-)Rat, also die Regierungen, die letzte Entscheidung behalten muß.' Nicht anders hätte Bismarck geantwortet.

Josef Joffe